



Fragestunde Aprilsession 2024

Schneider betreffend Auswirkung der Prämien-Entlastungs-Initiative auf den Kanton Graubünden

Am 9.6.2024 stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» ab. Die Initiative verlangt, dass die von den Versicherten zu übernehmenden Prämien höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens betragen dürfen. Damit würden auch jene Personen finanziell entlastet, die freiwillig ihr Arbeitspensum reduzieren und so auf ein höheres Einkommen verzichten. Der Anreiz, Vollzeit zu arbeiten, würde noch geringer. Gemäss Botschaft des Bundesrats aus dem Jahr 2021 betragen die jährlichen Mehrkosten für den Kanton Graubünden bei einer allfälligen Annahme der Initiative rund 24 Millionen Franken. Diese Schätzungen basieren auf Zahlen von 2020 oder früher und dürften inzwischen überholt sein.

In diesem Zusammenhang hätte ich von der Regierung gerne folgende Fragen beantwortet und bedanke mich schon im Voraus für die Ausführungen:

1. Mit welchen Mehrkosten ist Stand 2024 bei einer allfälligen Annahme der Initiative für den Kanton Graubünden zu rechnen?
2. Inwiefern teilt die Regierung die Haltung, dass mit dem Fokus der Initiative auf das verfügbare Einkommen ohne Berücksichtigung des Beschäftigungsgrades die Arbeitsanreize bzw. Anreize für ein hohes Erwerbsspensum reduziert werden?
3. Welche Haltung nimmt die Regierung gegenüber der Prämien-Entlastungs-Initiative ein?

Grossrat Tino Schneider, Chur

12. April 2024